Die Anwendung von sexualisierter Gewalt und ihre Duldung sind Kennzeichen moralischer Verrohung. In der Logik der Entkoppelung setzen Menschen ihre moralischen Maßstäbe selektiv außer Kraft, Gewalt erhält einen höheren Zweck, Verantwortung wird verteilt, Opfer werden entmenschlicht. Von **Detlef Koch**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/261014_Entkoppelt_wie_sexualisierte_Gewalt_und_Straflosigkeit_Israels_Gesellschaft_von_innen_zerstoeren_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

TRIGGER-WARNUNG: Dieser Beitrag enthält explizite Beschreibungen von sexualisierter Gewalt, Folter und schweren Misshandlungen an Gefangenen. Leserinnen und Leser, die durch solche Darstellungen belastet werden können, sollten dies vor der Lektüre berücksichtigen.

Am 29. Juli 2024 wird im israelischen Parlament emphatisch darüber gestritten, ob Soldaten einem Gefangenen einen Stock ins Rektum einführen dürfen.[1] Der Likud-Abgeordnete Hanoch Milwidsky beantwortete das folgendermaßen: Bei einem Angehörigen der Hamas-Eliteeinheit Nukhba sei „alles legitim“.[2] Noch am selben Tag dringen Unterstützer der Soldaten, die im Verdacht standen, diese Taten begangen zu haben, in Militärstützpunkte ein. Die Verteidigung von Gewalt gegen Palästinenser richtet sich nun auch gegen jene israelische Institutionen, die die Gewaltverbrechen untersuchen sollen.[3]

Eine Warnung aus dem Gründungsjahr 1948

Diese Geschichte reicht bis in die Nakba 1948 zurück. Nach der Einnahme Safsafs Ende Oktober 1948 erschossen Soldaten der 7. Brigade Dutzende Bewohner und Gefangene. Zeitgenössische Aufzeichnungen und später befragte palästinensische Überlebende berichten auch von Vergewaltigungen. Benny Morris rekonstruiert die Berichte und weist auf möglicherweise gemeinsame Informanten hin.[4]

Landwirtschaftsminister Aharon Zisling warnte schon am 17. November 1948 im Kabinett vor den gesellschaftlichen Folgen der Verbrechen: „Ein Vergehen zieht das nächste nach sich, und die Sache wird den Menschen zur zweiten Natur.“ Akevot veröffentlichte diese Archivüberlieferung 2021.[5]

Im August 1949 verschleppten Soldaten eine junge Beduinin zum Militärposten Nirim,

vergewaltigten sie gemeinschaftlich und töteten sie auf Befehl des Zugführers.[6] Eine Haaretz-Recherche aus Militärurteilen dokumentiert auch die Strafen: 15 Jahre wegen Mordes für den Zugführer, fünf Jahre für den Sergeant; ein Soldat erhielt wegen gestandener Vergewaltigung 30 Monate. Die Berufungsrichter beschrieben eine Atmosphäre der Missachtung arabischen Lebens, in der alles erlaubt schien.[7]

1987 billigte die Regierung die Empfehlungen der Landau-Kommission zu sogenanntem mäßigen körperlichen Druck bei Geheimdienstverhören, konkrete Vorgaben aber blieben geheim. 1999 untersagte der Oberste Gerichtshof bestimmte körperliche Verhörmethoden mangels gesetzlicher Ermächtigung. Eine nachträgliche Notstandsverteidigung gegen strafrechtliche Verantwortung ließ er offen.[8]

PCATI und vier Partnerorganisationen beziffern die Bearbeitung von Folter- und Misshandlungsbeschwerden gegen den Inlandsgeheimdienst: Mehr als 1.450 Beschwerden nur aus den Jahren 2001 bis 2022 führten nur zu drei strafrechtlichen Ermittlungen und keiner einzigen Anklage.[9]

Diese Geschichte verläuft nicht geradlinig. Human Rights Watch beschrieb 2005 häufig wirksame Verfahren bei sexualisierter Gewalt, ohne dabei die Opfergruppe zu benennen. Bei palästinensischen Todesfällen und schweren Verletzungen dominierten dagegen Verschleierung und Untätigkeit. Ermittlungsfähigkeit war vorhanden, ihre Anwendung selektiv.[10]

Was den Gefangenen angetan wird

Die UN-Untersuchungskommission dokumentierte 2025 sexualisierte Gewalt in mehr als zehn Militär- und Gefängniseinrichtungen. Dazu gehören Vergewaltigungen mit Gegenständen, Schläge gegen Genitalien und erzwungene Nacktheit. Ein in Sde Teiman gefolterter Mann berichtete, ein Wärter habe ihm wiederholt einen Metallstab in den Penis eingeführt, bis er blutete und ohnmächtig wurde. Die Kommission stellte eine systematische Praxis mit Anordnungen oder stillschweigender Ermutigung der politischen und militärischen Führung fest.[11] (UN-Kommission)

Im Euro-Med-Bericht „Another genocide behind walls“, veröffentlicht im April 2026, berichtet der unter dem Pseudonym Firas geschützte Augenzeuge, er sei mit zwei anderen Gefangenen in einen Betonhof in Sde Teiman gebracht worden. Firas schildert eine Vergewaltigung an einem anderen Menschen durch Hunde.[12] Über einen der Männer sagt er:

> *"They removed our blindfolds, took one detainee, stripped him of his clothes, and brought in a huge dog that raped him in front of us. The dog appeared to have been trained to do so. The young man screamed loudly for two minutes, after which they took the other detainee and me to another location. I do not know what happened to the detainee who was raped."*[13]
>
> *Deutsch: „Sie nahmen uns die Augenbinden ab, nahmen einen Gefangenen, zogen ihn aus und brachten einen riesigen Hund herein, der ihn vor unseren Augen vergewaltigte. Der Hund schien dafür trainiert worden zu sein. Der junge Mann schrie zwei Minuten lang laut, danach brachten sie den anderen Gefangenen und mich an einen anderen Ort. Ich weiß nicht, was mit dem Gefangenen geschah, der vergewaltigt wurde."*

Sami al-Sai schilderte dem Committee to Protect Journalists (CPJ) seine eigene Vergewaltigung mit Schlagstöcken und anderen Gegenständen in Megiddo. Die Armee antwortete CPJ auf die Vorwürfe mit allgemeinen Zusicherungen rechtmäßiger Behandlung, der Gefängnisdienst erklärte, entsprechende Ereignisse seien ihm nicht bekannt.

Die UN-Kommission ordnete sexualisierte Gewalt als Mittel zur Unterwerfung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung ein[14]. Im September 2025 kam sie in ihrer gesonderten Untersuchung zum Ergebnis, Israel begehe in Gaza Genozid.[15]

Staatlicher Täterschutz und Einflussnahme auf die Justiz

Finanzminister Bezalel Smotrich verlangte am 29. Juli 2024 von der Militärstaatsanwältin Yifat Tomer-Yerushalmi, ihre Hände von den „heroischen Kämpfern" zu nehmen.[16] Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir forderte volle Rückendeckung für die Soldaten. Justizminister Yariv Levin nannte deren Tätigkeit „heilige Arbeit" und nutzte die Festnahmen als Argument für seinen Justizumbau. Milwidsky billigte die konkret beschriebene Gewalt und die Minister attackierten das Vorgehen gegen die Beschuldigten.[17]

Am 7. August 2024 verlangte der Journalist Yehuda Schlesinger auf *Channel 12* staatlich organisierte Misshandlung von Gefangenen als Vergeltung, nachdem Mitdiskutant Josh Breiner ausdrücklich den Vergewaltigungsvorwurf genannt hatte. Breiner widersprach; Moderator Niv Raskin distanzierte sich später, Schlesinger entschuldigte sich.[18]

Die Channel-14-Moderatorin Dana Varon verband am 8. August 2024 ihre Angriffe auf

Militärjustiz und Videoberichterstattung mit dem Ruf nach dem Justizumbau und dem Vorwurf antisemitischen Verrats. Im Mai 2026 bezeichnete das Außenministerium Nicholas Kristofs Bericht über Vergewaltigungen palästinensischer Gefangener als „blood libel“ und Ritualmordlegende.[19] Es verwies auf angeblich der Hamas nahe Quellen und kündigte rechtliche Schritte gegen die *New York Times* an.

Selbst ein Gefangener mit extremistischen Ansichten hat Anspruch auf Schutz vor Folter, aber der Likud-Abgeordnete Hanoch Milwidsky macht diesen Schutz von der Gruppenzugehörigkeit abhängig. Mit jüdischer Religion hat das aber nichts zu tun.

Wenn Justiz die Täter schützt

In einem anderen Fall, einem mutmaßlichen Angriff auf einen Gefangenen am 5. Juli 2024, nahmen Militärpolizisten Beschuldigte fest. Am 19. Februar 2025 erhob die Militärstaatsanwaltschaft Anklage gegen fünf Reservisten, gestützt auf Videoaufnahmen, medizinische Befunde und Aussagen des verletzten Opfers.[20] Die UN-Kommission beanstandete, dass trotz der beschriebenen Verletzung durch einen anal eingeführten Gegenstand keine Anklage wegen Vergewaltigung oder sexualisierter Gewalt erhoben wurde.[21]

Schon bei den Festnahmen am 29. Juli 2024 hatten Demonstranten die Stützpunkte Sde Teiman und Beit Lid gestürmt. Ermittler wurden angegriffen und Generalstabschef Herzi Halevi verteidigte die Militärpolizei und die Militärstaatsanwaltschaft. Selbst die Durchsetzung militärischen Rechts stieß im eigenen Machtbereich auf gewaltsamen Widerstand, während Regierungsmitglieder den Beschuldigten Rückendeckung gaben.[22]

Der Preis für Verurteilung von Kriegsverbrechen

Am 28. Juli 2026 zerschlug ein Angreifer Glastüren der Channel-12-Redaktion. Er hinterließ eine Todesdrohung und verlangte eine Entschuldigung für die menschenrechtskritische Sde-Teiman-Berichterstattung. Am 12. August wurde ein Beschuldigter unter anderem wegen Bedrohung und Sachbeschädigung angeklagt. Neben Ermittlern traf die Einschüchterung damit auch Journalisten, die militärische Gewalt öffentlich machten und kritisierten.[23]

Eine IDI-Erhebung vom September 2024 zeigt die gesellschaftliche Reichweite: 61,5 Prozent der jüdischen Befragten lehnten Ermittlungen gegen Soldaten wegen des Verdachts ab, inhaftierte Palästinenser aus Gaza misshandelt zu haben; drei Viertel der arabischen Befragten unterstützten sie. Gefragt wurde nach Ermittlungen, nicht nach der Billigung

einer Vergewaltigung.[24]

Auch zivile Institutionen sanktionierten die Sichtbarmachung palästinensischen Leids. PHRI dokumentiert den Fall einer Krankenschwester des Wolfson Medical Center: Am 10. Oktober 2023 teilte sie ein Bild getöteter Kinder in Gaza und bezeichnete diese als Ziele der IDF. Nach einer Anhörung erhielt sie am 17. Oktober ein vom Generaldirektor des Gesundheitsministeriums unterzeichnetes Suspendierungsschreiben.[25] Wenige Tage später wurde sie entlassen. PHRI verweist auf das bei der Organisation archivierte Schreiben.[26]

Solche Sanktionen machen öffentliche Kritik zum beruflichen Risiko. Der verlangte Vorrang nationaler Loyalität beschädigt Institutionen, deren Arbeit auf fachlicher Unabhängigkeit beruht.

Wie Entkopplung funktioniert

Albert Bandura beschreibt, wie Menschen ihre moralischen Maßstäbe selektiv außer Kraft setzen: Gewalt erhält einen höheren Zweck, Verantwortung wird verteilt, Opfer werden entmenschlicht. Milwidskys Freigabe gegenüber dem als Nukhba bezeichneten Gefangenen liefert ein konkretes Beispiel dieser Logik. Der Maßstab verschwindet nicht für alle Menschen, sondern einer bestimmten Gruppe wird sein Schutz entzogen.[27]

Humanität als Handlung

Die Ärztin Ruchama Marton berichtete, dass israelische Soldaten in Gaza palästinensischen Zivilisten Arme und Beine brachen und sie bewusstlos schlugen. Unter den Verletzten, denen sie im Januar 1988 im Schifa-Krankenhaus begegnete, war auch ein 14-jähriger Junge, dessen Hand an drei Stellen gebrochen war.[28] Im Porträt von T'ruah verbindet sie ihre Zugehörigkeit zur jüdischen Religion mit der Verpflichtung, gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen.[29] Gemeinsam mit palästinensischen Kollegen organisiert PHRI medizinische Hilfe, dokumentiert Gewalt und interveniert rechtlich.

Die US-Rabbinerin Alissa Wise wollte am 26. April 2024 Reis und Mehl nach Gaza bringen. Die Polizei verhinderte die Lieferung; Wise berichtet von fast zehn Stunden Gewahrsam. Ihre Begründung bezog sich auf das Pessachgebot, Hungrige einzuladen, und die gleiche Würde aller Menschen.[30]

Wir dürfen im Angesicht der deutschen Geschichte und der Shoah niemals vergessen, dass es …

- kein Zeichen jüdischer Moral ist, wenn 68 Prozent der sich als „jüdisch“ bezeichnenden Zionisten Lebensmittel- und Medikamentenlieferungen nach Gaza, auch durch internationale Stellen, ablehnen.

- kein Zeichen jüdischer Moral ist, wenn 61,5 Prozent der sich als „jüdisch“ bezeichnenden Zionisten Ermittlungen gegen Soldaten bei Verdacht auf Misshandlung palästinensischer Gefangener aus Gaza ablehnen.

- kein Zeichen jüdischer Moral ist, wenn 79 Prozent der sich als „jüdisch“ bezeichnenden Zionisten Berichte über Hunger und Leid in Gaza persönlich wenig oder überhaupt nicht beunruhigen.

- kein Zeichen jüdischer Moral ist, wenn
  82 Prozent der Vertreibung der Bevölkerung Gazas,
  79 Prozent der Vertreibung der Bevölkerung des Westjordanlands und
  56 Prozent der Vertreibung arabischer Staatsbürger Israels zustimmen.

Es ist ein Kennzeichen völliger moralischer Verrohung: Diese Art von Zionismus ist nicht Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts des „jüdischen Volkes“, sondern Ausdruck eines Irrweges. Ich möchte mit den einleitenden Worten aus der Studie „The Bible, the Holocaust, and eliminatory stands among Israelis: a survey analysis“ enden:

> *„Seit Oktober 2023 hat sich die eliminatorische und genozidale Haltung in der israelischen Gesellschaft drastisch in Richtung der politischen Mitte verschoben. Politiker, Rabbiner, Militärangehörige, Journalisten, Musiker und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben sich in Äußerungen geäußert, die die Auslöschung der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen befürworten. In einigen Fällen spiegelten diese Äußerungen genozidale Vorstellungen wieder – Ideen und Bilder, die genozidale Massengewalt gegen einen erheblichen Teil der Zielbevölkerung, sowohl Kombattanten als auch Nichtkombattanten, legitimieren.“*
>
> *Yakter und Shomer 2025).*

Titelbild: Frame Stock Footage / Shutterstock

[«1] Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel [COI] (2025): *"More than a human can bear": Israel's systematic use of sexual, reproductive and other forms of gender-based violence since 7 October 2023*. UN-Menschenrechtsrat, A/HRC/58/CRP.6, 13. März. Zugriff: 5. Oktober 2026.

[«2] Knesset, Finanzausschuss (2024): Protokoll Nr. 448, Sitzung vom 29. Juli 2024. Hebräisch, wiedergegeben bei *Open Knesset*. Fundstelle: Wortwechsel unmittelbar vor der Sitzungsunterbrechung um 13:50 Uhr. Zugriff: 5. Oktober 2026.

[«3] Israel Defense Forces [IDF] (o. J.): *Gesprächshinweise nach den Einbrüchen in die Stützpunkte Sde Teiman und Beit Lid*.

[«4] Morris, Benny (2004): *The Birth of the Palestinian Refugee Problem Revisited*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 481 und S. 500, Fußnote 119.

[«5] Akevot Institute (2021): *Suspicions of war crimes in 1948: "If these acts are covered up – the blame lies with the entire government"*. Dezember. Edition von Kabinettsprotokollen, darunter die Sitzung vom 17. November 1948.

[«6] Ben-Gurion, David (1949): *Tagebucheintrag vom 22. August 1949*. Ben-Gurion-Archiv, Dokument 221664, Blatt 0050-99. Digitalisat und Transkription *Am 22. August hielt Ben-Gurion eine Mitteilung des Militärgeneralstaatsanwalts Aharon Hoter-Yishai fest, die ausdrücklich Vergewaltigung und Tötung benennt: „{P001} {0050-98} 22.8.49, Montag, 27. Av 5709. Am Morgen kehrte ich aus Jerusalem zurück. Wir fuhren in die Nähe von Nitzanim, um eine Vorführung von Panzerabwehrwaffen zu sehen. Von dort kehrte ich am Nachmittag nach Tel Aviv zurück. Die AHZ ist unterwegs. Die Untersuchung der Anschuldigungen gegen R.A. und Riftin ist im Verteidigungsausschuss abgeschlossen. Der Ausschuss wird die Angelegenheit nicht der Knesset vorlegen. Der Ausschuss möchte von mir eine Zusammenfassung über die Struktur der Armee erhalten und wird dann Fragen stellen. Er möchte auch etwas über den Verteidigungshaushalt erfahren. {0050-99} Hotar Yishai berichtet über eine schockierende Gräueltat: Das Bataillon 22 in Beerscheba fand eine Araberin und tötete sie. Sie berieten (22 Mann), was mit der Araberin zu tun sei: Sie wurde gewaschen, ihr wurden die Haare abgeschnitten, sie wurde vergewaltigt und getötet. Der Bataillonskommandeur ist Yish, der vor vier Tagen wegen Mordes an Arabern zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde. Herzog beklagt das Einwanderungsministerium, das Kriminelle ins Land lässt. Der Koordinierungsausschuss müsse entscheiden, wer ein- und*

wer ausgereist wird.“ (eigene Übersetzung).

[«7] Lavie, Aviv (2003): „□□□□□□ □□□□□ ,□□□□□□□ □□□□ ,□□□□□ :□□□□□□ □□□□□“. *Haaretz*, Wochenendbeilage, 31. Oktober. Nachdruck unter dem Titel „□□□□□ □□□□□ □□□□ □□□□ 1949))“ („Vergewaltigung und Mord am Militärposten Nirim, 1949“) (Zugriff: 5. Oktober 2026).

[«8] Supreme Court of Israel (1999): *Public Committee Against Torture in Israel v. State of Israel*, HCJ 5100/94 u. a., Urteil vom 6. September 1999. Englischer Urteilstext.

[«9] Public Committee Against Torture in Israel (PCATI), Adalah, HaMoked, Physicians for Human Rights Israel (PHRI) und Parents Against Child Detention (PACD) (2025): *Torture as State Policy: Abuse of Palestinian Detainees in Israel and the Absence of Accountability Since October 7, 2023*. Gemeinsamer Alternativbericht an den UN-Ausschuss gegen Folter, eingereicht am 13. Oktober 2025, S. 35–36. Originalbericht als PDF.

[«10] Human Rights Watch (2005): *Promoting Impunity: The Israeli Military’s Failure to Investigate Wrongdoing*. Bd. 17, Nr. 7(E), 21. Juni, S. 7 und 50.

[«11] Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel (2025): *“More than a human can bear”: Israel’s systematic use of sexual, reproductive and other forms of gender-based violence since 7 October 2023*. A/HRC/58/CRP.6, 13. März, S. 26–27 und 46–47, Rn. 116–119 und 222–224.

[«12] Euro-Med Human Rights Monitor (2026): *“Another genocide behind walls”: Sexual violence in Israeli prisons and detention centres and engineered impunity*. April, S. 37. Verfügbar unter: Originalbericht (PDF) (Zugriff: 5. Oktober 2026). Zeugenaussage von „Firas“ (Pseudonym); eigene Übersetzung aus dem Englischen.

[«13] Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel [COI] (2025): *“More than a human can bear”: Israel’s systematic use of sexual, reproductive and other forms of gender-based violence since 7 October 2023*. A/HRC/58/CRP.6, 13. März.

[«14] Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel [COI] (2025a): *“More than a human can bear”: Israel’s systematic use of sexual, reproductive and other forms of gender-based violence since 7 October 2023*. A/HRC/58/CRP.6, 13. März, S. 47, Rn. 225.

[«15] Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel [COI] (2025b): *Legal analysis of the conduct of Israel in Gaza pursuant to the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide*. A/HRC/60/CRP.3, 16. September, S. 71, Rn. 252–255.

[«16] Smotrich, B. [@bezalelsm] (2024): □□□□□ □□□□□□ □□□□ □□□□□ (Soldaten der israelischen Verteidigungsstreitkräfte verdienen Respekt.) [Beitrag mit Video]. X, 29. Juli.

[«17] Sokol, S. (202): *Levin argues arrest of 9 soldiers justifies renewal of judicial overhaul effort*. The Times of Israel, 29. Juli, 16:33 Uhr. Verfügbar unter: Zeitgenössischer Bericht (Zugriff: 6. Oktober 2026).

[«18] Ynet (2024): „.□□□□□□ – □□□□□□□ □□□□ □□□□ □□□□□□ □□□□ □□□□□□□ □□□□□ :"□□□□□ □□□□ 7. August. Verfügbar unter: Zeitgenössischer Bericht mit Wortlaut und Stellungnahmen.

[«19] Azrad, D. (2024): „□□□ | □□□□□ □□□□ □□□□ □□□□□□ □□□□ □□□ :"'□ □□□ □□□□□□ □□□□□. Channel 14, 8. August.

[«20] Israelische Militärstaatsanwaltschaft (2025): □□□□□ □□□ [Anklageschrift gegen fünf Reservisten im Fall Sde Teiman], 19. Februar, S.1–3.

[«21] Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel (COI) (2025): *"More than a human can bear": Israel's systematic use of sexual, reproductive and other forms of gender-based violence since 7 October 2023*. A/HRC/58/CRP.6, 13. März, S. 34–35, Rn. 154–155. Verfügbar unter: UN-Bericht (Zugriff: 6. Oktober 2026).

[«22] Israel Defense Forces (IDF) (2024): – □□□□□□□ □□□□□ □□□□□□□□„ :□□□ □□□□ □□□□□□□ □□□□□ □□□□□□ □□□□□ □□□□□□□" *(Stabschef in Beit Lid: „Versuche, in Stützpunkte einzudringen – ein schwerwiegendes Verhalten, das den israelischen Streitkräften schadet.")*. 29. Juli

[«23] Cohen, N. (2026): □□□□ □□□□□ – □□□□□ *12* □□□□□ □□□□□ □□□□□ :□□□□ □□□□ □□□□□□ □□□□ □□□□□ | □□□□□□. N12, 28. Juli (Zum zweiten Mal innerhalb eines Monats: Die Türen eines neuen Gebäudes 12 wurden eingeschlagen – und ein Drohbrief hinterlassen | Dokumentation).

[«24] Hermann, T., Yohanani, L. und Kaplan, Y. (2024): *One Year of War – Public Opinion in Israel at the One Year Anniversary of the War in Gaza*. Israel Democracy Institute, 7. Oktober (Zugriff: 6. Oktober 2026).

[«25] Libsker, A. (2025): „□□□□ □□□□□ □□□□□ □□□ □□□□□ □□□□ □□“. *Calcalist*, 30. Januar (Zugriff: 6. Oktober 2026).

[«26] Bar-Tuvia, S. (2026): *“A Model of Coexistence”? Suppression, Silencing and Burnout among Palestinian Healthcare Workers in Israel*. Physicians for Human Rights Israel, Mai (Zugriff: 6. Oktober 2026).

[«27] Bandura, A. (1999): „Moral Disengagement in the Perpetration of Inhumanities“. *Personality and Social Psychology Review*, S. 193–209.

[«28] Marton, R. (1999): „Doctors and the Duty of Intervention“. *Palestine–Israel Journal*, 6(1), einleitende Absätze.

[«29] T’ruah (o. J.): *Human Rights Heroes: Ruchama Marton*, S. 2.

[«30] Wise, A. (2024): „I’m a rabbi who hoped to take food into Gaza. Instead, I was arrested.“. *The Philadelphia Inquirer*, 9. Mai.